

## **Policing for Profit: The Abuse of Civil Asset Forfeiture**

**Scott Bullock, Senior Attorney, Institute for Justice**

**Dr. Marian R. Williams, Department of Government and Justice Studies, Appalachian State University**

**Scott Burns, Executive Director, National District Attorneys Association**

**Tim Lynch, Director, Project in Criminal Justice, Cato Institute**

**Cato Institute, 28. April 2010**

Das „asset forfeiture law“ erlaubt es Polizisten persönliches Eigentum von Zivilisten zu beschlagnahmen und einzubehalten, wenn es unter Verdacht steht, der Ausübung einer Straftat gedient zu haben. Hierbei wird zwischen „criminal asset forfeiture“ und „civil asset forfeiture“ unterschieden, wobei bei Letztgenanntem der Eigentümer weder schuldig gesprochen noch angeklagt sein muss, um sein Eigentum dauerhaft zu verlieren. Jüngst wurde von dem *Institute for Justice* ein Report veröffentlicht, der besagt, dass die Gesetze der meisten Bundesstaaten so geschrieben seien, dass sie Polizisten eher dazu ermutigen würden sich selber zu bereichern, als neutrale Rechtsprechung anzuwenden. Der Report stuft jeden einzelnen Bundestaat und den Bund bezüglich des Missbrauchs auf Grundlage dieses Gesetzes ein. Erschreckend ist, dass 6 Staaten mit einem F und 29 Staaten, sowie der Bund mit einem D bewertet wurden.

Angesichts dieses Reports und der verstärkt auftretenden Fälle, mit uneindeutiger Rechtsprechung, lud das Cato Institute, unter der Leitung von Tom Lynch, zur gleichnamigen Diskussionsrunde „Policing for Profit: The Abuse of Civil Asset Forfeiture“ ein.

Tom Lynch eröffnet die Runde mit einer Anekdote, in der eine Frau Anklage beim Obersten Gerichtshof erhoben hatte, um ihr Auto zurückzufordern, welches sie sich mit ihrem Ehemann teilte. Die Polizei hatte es zuvor konfisziert, nachdem ihr Ehemann darin beim Beischlaf mit einer Prostituierten ertappt worden war. Der Supreme Court lehnte diese Anklage daher ab, da das Auto offensichtlich Hilfsmittel einer Straftat war und entschied damit zu Gunsten des Staats Michigan. Für Lynch ein klarer Fall von „Policing for Profit“.

Scott Bullock, u.a. Mitverfasser des o.g. Berichts, meint, dass die Liste solcher Beispiele sehr lang sei. Er ist der Auffassung, dass das Schlimmste an der derzeitigen Rechtslage sei, dass es die Eigentumsrechte der Bürger gefährde. Daher müsste in einem ersten Schritt das Gesetz dahingehend verändert werden, dass die Bürger von ihrer Beweispflicht befreit würden. Es sei kein Zustand von einem Zivilisten zu verlangen, die Unschuld seines Eigentums zu beweisen, schon gar nicht wenn der eigentliche Eigentümer nichts mit dem Delikt zu tun hat. Als Schlagwörter nennt er hier „Standard of Proof“ und „Burden on Innocent Owners“. Er sagt weiterhin, dass es bei der Entstehung des Gesetzes einst darum ging Steuern von Bürgern einziehen zu können, die sich außer Landes befanden und es an den britischen „Navigation Act“ angelehnt war. Im Laufe des späten 19. Jahrhunderts hat es sich jedoch zu einem der gefährlichsten Rechtsmittel entwickelt. Die Gewinne die dieses Gesetz erbringen würde seien enorm (bereits im 1. Jahr \$93,7 Millionen) und eine Umfrage unter Polizisten hätte bestätigt, dass die Methode der Beschlagnahme notwendig sei, um genügend finanzielle Mittel bereit zu stellen. Hinzukäme das „Equitable Sharing Program“, wonach die Gelder zunächst zum Bund gehen würden, danach aber 80% davon wieder zum einzelnen Bundesstaat fließen würden.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**USA**

TANJA LINZ

**April 2010**

**[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)**

**[www.kas.de](http://www.kas.de)**

Bullock fordert daher mehr Transparenz im System darüber, wann, welches Eigentum beschlagnahmt und einbehalten werden darf und darüber wohin die Gelder der Vermögensobjekte fließen.

Dr. Marian Williams ist eine der Hauptverfasserinnen des Reports und hat damit die gleichen Ziele wie ihr Vorredner. Sie betont jedoch darüberhinaus, dass es äußerst schwierig gewesen sei einen empirischen Bericht über ein Thema zu schreiben, über welches es keine empirischen Daten gäbe, da die Bundesstaaten nicht dazu verpflichtet seien ihre Daten zu dokumentieren.

Ihr Gegenredner ist Scott Burns. Dieser betont, dass man nicht alle Polizisten und Staatsanwälte unter Generalverdacht stellen könne, nur weil es einige ‚schwarze Schafe‘ gäbe. Die zahlreichen Negativbeispiele seien meist nur eine Erfindung-er hätte von ihnen noch nie gehört. Ganz im Gegenteil hätte sich das Gesetz als ein sehr nützliches Instrument erwiesen und er gibt seinerseits einige Anekdoten zum Besten. Die Gesetzeshüter seien ehrenwerte, ehrliche Menschen und würden die Gesetze nicht anwenden um sich selber zu bereichern, sondern weil es eben Gesetzlage sei.

Auch in der anschließenden Fragerunde wird deutlich, dass die Grenze zwischen „criminal“ und „civil asset forfeiture“ sehr schwammig ist und immer wieder Beispiele angebracht werden können, in denen sich das Gesetz bewährt hat, jedoch auch immer wieder solche, bei denen Unschuldige ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden.